



AfD-Fraktion im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1 99096 Erfurt

AfD-Fraktion im Thüringer Landtag

info@afd-thl.de

An den Präsidenten
des Thüringer Landtags
Herrn Dr. Thadäus König
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Telefon: +49 361 3772469
Telefax: +49 361 3772453

Erfurt, den 21. Mai 2026

Antrag

der Fraktion der AfD

EntschlieÙung

zum Alternativantrag der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

- Drucksache 8/1104 -

Automobilindustrie in Thüringen erfolgreich gestalten: nachhaltig, innovativ und zukunftsfähig

Klares Votum des Freistaats Thüringen für die vollständige Aufhebung des EU-weiten Verbots des Verbrennungsmotors ab 2035

Die Thüringer Automobil- und Zulieferindustrie befindet sich in einer schweren strukturellen Krise. Werksschließungen, Insolvenzen und Stellenabbau prägen zunehmend das Bild einer Branche, die über Jahrzehnte zu den wichtigsten industriellen Wertschöpfungs- und Beschäftigungsträgern des Freistaats gehörte.

Zu den zentralen Ursachen zählt insbesondere das EU-weite Verbot des Verbrennungsmotors ab 2035. Dieses widerspricht dem Grundsatz der Technologieoffenheit und entfaltet bereits heute erhebliche negative Vorwirkungen. Unternehmen unterlassen Investitionen in bestehende Technologien, Forschungs- und Entwicklungsprojekte werden eingestellt oder nicht weiterverfolgt und industrielle Wertschöpfungsketten abgewickelt. Für die mittelständisch geprägte Zulieferstruktur Thüringens bedeutet dies einen fortschreitenden Verlust von hochwertigen Arbeitsplätzen, wirtschaftlicher Substanz und technologischer Kompetenz.

Der Landtag spricht sich deshalb klar für die vollständige Aufhebung des EU-weiten Verbots des Verbrennungsmotors aus.

Der Landtag fordert des Weiteren die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen mit Nachdruck für die vollständige Aufhebung des EU-weiten Verbots des

Verbrennungsmotors einzusetzen und hierbei insbesondere auf die Wiederherstellung echter Technologieoffenheit in der Automobil- und Industriepolitik hinzuwirken.

Begründung:

Die parlamentarische Befassung mit dem Antrag der Fraktion der AfD (Drucksache 8/1037) und dem Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BSW und SPD (Drucksache 8/1104) hat ebenso wie die dazu durchgeführte schriftliche und mündliche Anhörung deutlich gemacht, dass die bestehenden Probleme mit den bislang vorgesehenen Maßnahmen nicht gelöst werden können. Die in Drucksache 8/1104 vorgeschlagenen Instrumente bleiben weit hinter dem zurück, was zur Sicherung der Branche tatsächlich erforderlich wäre. Insbesondere unterbleibt eine klare Benennung der politischen Ursachen der Krise. Dazu gehört die fehlgeleitete Energiewende, die zu dauerhaft hohen Energiepreisen führt und die Unternehmen durch komplexe Vorgaben und Nachweispflichten belastet, für deren Umsetzung vielfach weder personelle noch fachliche Kapazitäten vorhanden sind.

Als zentraler Treiber dieser Fehlentwicklung wurde in der Anhörung zudem der European Green Deal benannt, aus dem unter anderem das dem Grundsatz der Technologieoffenheit widersprechende EU-weite Verbrennerverbot ab 2035 hervorgegangen ist. Bereits heute entfaltet dieses Verbot gravierende negative Vorwirkungen: Entwicklungsabteilungen werden verkleinert oder geschlossen, Investitionen in neue Verbrennergenerationen, Produktionsanlagen und Zulieferstrukturen unterbleiben, langfristige Forschungsprojekte werden eingestellt und bestehende Wertschöpfungsketten abgewickelt. Auch mögliche Aufweichungen oder Ausnahmeregelungen ändern daran nichts, da die politische Grundsatzentscheidung gegen den Verbrennungsmotor bestehen bleibt. Für eine der wichtigsten Industriebranchen Thüringens bedeutet dies einen fortschreitenden Verlust hochwertiger Industriearbeitsplätze, wirtschaftlicher Substanz und technologischer Kompetenz.

Die vollständige Aufhebung des EU-Verbrennerverbots muss daher als konkrete und unmissverständliche Minimalforderung gegenüber allen übergeordneten politischen Ebenen vertreten werden.

Der Freistaat Thüringen kann diese Regelungen zwar nicht unmittelbar selbst aufheben, er kann und muss jedoch seine Interessen auf allen politischen Ebenen offensiv vertreten. Angesichts der dramatischen Lage der Branche stellt ein klares politisches Votum gegen das Verbrennerverbot eine erforderliche Minimalforderung dar.

Für die Fraktion:

Prophet

Thrum

T. Hoffmann

Berger